S 40 R 803/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Nordrhein-Westfalen

Sozialgericht Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze -

Normenkette

1. Instanz

Aktenzeichen S 40 R 803/17 Datum 15.05.2019

2. Instanz

Aktenzeichen L 3 R 560/19 Datum 26.01.2022

3. Instanz

Datum -

Die Berufung der KlĤgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts KĶln vom 15.05.2019 wird zurļckgewiesen.

Auà ergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Tatbestand:

Streitig ist die Befreiung der Klägerin von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung nach $\frac{\hat{A}\S \ 6 \ Abs.\ 1\ S.\ 1\ Nr.\ 1}{1}$ i.V.m. $\frac{\hat{A}\S \ 6 \ Abs.\ 5\ S.\ 2}{1}$ Sozialgesetzbuch Sechstes Buch \hat{a}_{\square} Gesetzliche Rentenversicherung (SGB VI) fýr eine Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität zu N, der Beigeladenen zu 3), vom 01.03.2016 bis zum 07.12.2016.

Die am 00.00.1969 geborene KIägerin war seit dem 20.11.2003 aufgrund ihrer

Zulassung als Rechtsanwältin Mitglied in der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung, der Beigeladenen zu 1). In der Vergangenheit wurde sie mehrfach fþr befristete Tätigkeiten als wissenschaftliche Mitarbeiterin an einer Universität bzw. als Doktorandin am K-Institut befreit, zuletzt mit Bescheid vom 12.07.2012 fþr eine Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität G vom 19.03.2012 bis zum 18.09.2012.

Am 01.04.2016 beantragte die KlĤgerin die Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung für die Dauer einer zeitlich befristeten BeschĤftigung vom 01.03.2016 bis zum 28.02.2018 als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Beigeladenen zu 3). Für diese Tätigkeit sei sie wie bisher von der Versicherungspflicht zu befreien. Entweder sei die Tätigkeit als Rechtsanwaltstätigkeit zu werten, da sie an der juristischen Fakultät für Forschung und Lehre tätig sei (rechtsberatend, rechtsvermittelnd, rechtsentscheidend, rechtsgestaltend) oder es komme eine Befreiung nach §Â 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 5 SGB VI Betracht. Hilfsweise beantrage sie die Befreiung von der Versicherungspflicht als SyndikusrechtsanwĤltin. Sie habe die Zulassung als SyndikusrechtsanwĤltin bei der Rechtsanwaltskammer München beantragt. Die Klägerin legte ihren Arbeitsvertrag mit der Beigeladenen zu 3) vom 19.02.2016 vor. Hiernach wurde sie ab dem 01.03.2016 befristet bis zum 28.02.2018 als Vollzeitbeschäftigte eingestellt. Die Klägerin wurde nach der Entgeltgruppe 13 des TV-L entlohnt.

Mit Bescheid vom 26.10.2016 lehnte die Beklagte den Antrag der Klägerin auf Befreiung von der Versicherungspflicht fýr ihre Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Beigeladenen zu 3) ab dem 01.03.2016 ab. Nach dem Urteil des Bundessozialgerichts vom 31.10.2012 â \square B 12 R 8/10 R stelle eine Erstreckung keinen eigenständigen Befreiungstatbestand dar, sondern setze eine nach § 6 Abs. 1 S. 1 SGB VI erteilte Befreiung voraus. Die Klägerin sei als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Beigeladenen zu 3) berufsfremd und befristet beschäftigt. Daneben liege keine aktuell wirksame Befreiung fýr eine versicherungspflichtige Beschäftigung oder Tätigkeit fÃ⅓r den Beruf als Rechtsanwältin vor. Eine Befreiung im Wege der Erstreckung könne daher nicht erfolgen.

Die Klå¤gerin legte am 25.11.2016 Widerspruch ein. <u>ŧå 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 1</u> i.V.m. <u>ŧ 6 Abs. 5 SGB VI</u> solle sicherstellen, dass die vorýbergehende Ausýbung einer allberufsfremdenal Beschã¤ftigung den Betroffenen nicht zu einem Wechsel seines Alterssicherungssystems zwinge. Dabei sei es unerheblich, ob eine selbststã¤ndige oder angestellte Rechtsanwaltstã¤tigkeit Grundlage fã¼r die Erstreckung von der Versicherungspflicht sei. Die von der Beklagten zitierte Entscheidung des Bundessozialgerichts betreffe einen anderen Sachverhalt. Vorliegend erstrecke sich die algesetzlicheal Befreiung fã¼r die selbststã¤ndige Tã¤tigkeit auf die berufsfremde Tã¤tigkeit. Auch verstoãge der Bescheid der Beklagten gegen <u>Art. 3 Abs. 1</u> Grundgesetz (GG), da er zu einer sachlich nicht gerechtfertigten Benachteiligung von selbststã¤ndigen Rechtsanwã¤lten im Vergleich zu angestellten Rechtsanwã¤lten fã¼hre.

Mit Widerspruchsbescheid vom 18.05.2017 wies die Beklagte den Widerspruch als

unbegründet zurück. Das Bundessozialgericht habe klargestellt, dass <u>§ 6 Abs. 5 SGB VI</u> keinen eigenen Befreiungstatbestand darstelle, sondern von seiner systematischen Stellung und der Gesetzesbegründung her als Bezugspunkt eine bereits nach <u>§ 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SGB VI</u> erteilte ursprüngliche Befreiung voraussetze und unmittelbar an diese anknüpfe. Für selbstständige Kammermitglieder, die ihren Kammerberuf ausübten und dabei nicht rentenversicherungspflichtig seien, scheide eine Erstreckung aus. Sie seien nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert und könnten daher auch nicht befreit werden.

Die KlĤgerin hat am 19.06.2017 Klage erhoben. Eine Grundbefreiung, die sich erstrecken könne, liege vor, da sie als selbstständige Rechtsanwältin kraft Gesetzes von der Rentenversicherungspflicht befreit sei. Diese Grundbefreiung erstrecke sich auch auf ihre TÄxtigkeit bei der Beigeladenen zu 3), die im Voraus durch Vertrag zeitlich begrenzt gewesen sei, und die sie tatsÄxchlich nur bis zum 07.12.2016 ausgeübt habe. Unerheblich sei, ob sich die Grundbefreiung aus einer Beschärftigung oder aus einer selbststärndigen Tärtigkeit ergebe. Andernfalls käme es zu einer sachlich nicht gerechtfertigten Benachteiligung von selbststĤndigen RechtsanwĤlten im Vergleich zu angestellten RechtsanwĤlten. Die von der Beklagten zitierte Entscheidung des 3. Senats des LSG NRW vom 16.07.2001 â∏∏ <u>L 3 RA 73/00</u> sei vorliegend nicht einschlĤgig, da der dortige KIäger keinen Antrag nach § 6 Abs. 5 SGB VI gestellt habe. Wenn schon ein grundsÃxtzlich versicherungspflichtiger BeschÃxftigter oder ein grundsÃxtzlich versicherungspflichtiger SelbststĤndiger sich auf Antrag unter den nĤheren Voraussetzungen des <u>§ 6 Abs. 5 S. 2 SGB VI</u> von der Rentenversicherungspflicht auch fýr eine Hauptbeschäftigung befreien lassen könne, müsse dies auch und erst recht für einen in seiner bisherigen TÃxtigkeit schon nicht der Rentenversicherungspflicht unterworfenen SelbststĤndigen gelten.

Die KIĤgerin hat beantragt,

die Beklagte unter Aufhebung des Bescheides vom 26.10.2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 18.05.2017 zu verpflichten, sie fÃ $\frac{1}{4}$ r die Dauer ihrer TÃ $\frac{1}{4}$ tigkeit vom 01.03.2016 bis zum 07.12.2016 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der UniversitÃ $\frac{1}{4}$ t zu KÃ $\frac{1}{4}$ In von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung im Wege einer Erstreckung nach $\frac{1}{4}$ 5 Abs. 5 i.V.m. $\frac{1}{4}$ 5 Abs. 1 Nr. 1 SGB VI zu befreien.

Die Beklagte hat beantragt,

die Klage abzuweisen.

Sie hat weiterhin die Auffassung vertreten, dass eine Befreiung von der Versicherungspflicht im Wege der Erstreckung nicht mä¶glich sei, da es an einer Befreiung im Kammerberuf fehle. Die in der Vergangenheit ausgesprochenen Befreiungen hä¤tten sich explizit nur auf die jeweiligen zeitlich befristeten berufsfremden Beschä¤ftigungen bezogen.

Das Sozialgericht hat die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung â□□ Beigeladene zu1) -, die AOK Baden-Württemberg â□□ Beigeladene zu 2) -, die Universität zu N â□□ Beigeladene zu 3) â□□ sowie die Rechtsanwaltskammer Mþnchen â□□ Beigeladene zu 4) â□□ beigeladenen. Die Beigeladenen haben allesamt keinen Antrag gestellt.

Die Beigeladene zu 1) hat mitgeteilt, dass fýr die Klägerin in der Zeit vom 01.03.2016 bis zum 07.12.2016 Pflichtbeiträge aus selbstständiger Tätigkeit als Rechtsanwältin festgesetzt und bezahlt worden seien (Grundbeitrag als Beitragsuntergrenze).

Durch Urteil vom 15.05.2019 hat das Sozialgericht die Klage abgewiesen und zur Begründung ausgeführt:

â□□Nach der Rechtsprechung des BSG (BSG, Urteil vom 31.10.2012 â□□ B 12 R 8/10 R) setzt die Erstreckung einer für eine Beschäftigung erteilten Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung auf eine andere, vorübergehende versicherungsfähige Beschäftigung voraus, dass die ursprünglichen Befreiungsvoraussetzung nach Abs. 1 Nr. 1 (Pflichtmitgliedschaft in einer berufsständigen Versorgungseinrichtung und Pflichtmitgliedschaft in einer berufsständigen Kammer) weiterhin vorliegen.

Das BSG fordert insoweit, dass bei einer Erstreckung der Befreiung eine ausdrĽckliche ursprļngliche Befreiung durch Verwaltungsakt vorliegt (BSG a.a.O.).

Dies ergibt sich auch aus dem Wortlaut und der Systematik der Vorschrift des <u>§ 6 SGB VI</u>. Denn eine <u>â</u> Erstreckung<u>â</u> setzt vom Wortsinn voraus, dass eine urspr<u>Ã</u> ngliche Befreiung dem Grunde nach vorliegt. Die Regelung des <u>§ 6 Abs. 5 Satz 2 SGB VI</u> bezieht sich ausdr<u>Ã</u> cklich und auch von ihrer Systematik her auf eine Befreiung nach <u>§ 6 Abs. 1 Nr. 1 SGB VI</u>.

Die Klå¤gerin verfå¼gt jedoch nicht å¼ber eine Befreiung von der gesetzlichen Rentenversicherung nach <u>å§ 6 Abs. 1 Nr. 1 SGB VI</u>. Sie war im streitigen Zeitraum nicht als Syndikusanwå¤ltin zugelassen und als solche von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht befreit, sondern unterlag als selbstå¤ndige Rechtsanwå¤ltin per Gesetz nicht der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Etwas anderes ergibt sich entgegen der Auffassung der KlĤgerin auch nicht aus einer teleologischen Auslegung der Vorschrift. Die KlĤgerin argumentiert insoweit zwar zu Recht, dass es Sinn der Vorschrift sei, Versorgungslücken des Betroffenen zu schlieÃ∏en. Bei einem grundsätzlich von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht befreiten Syndikusanwalt solle sich eine nur vorübergehend und zeitlich befristete anderweitige Tätigkeit nicht nachteilig auf die Altersvorsorge auswirken, wenn der Betroffene anderweitig abgesichert sei.

Um eine solche Fallkonstellation handelt es sich im Fall der KlÄzgerin indes nicht.

Die KlĤgerin ist weder als SyndikusanwĤltin von der gesetzlichen Rentenversicherung befreit. Noch war sie seit ihrer Zulassung im November 2003 in erheblichem Umfang als zugelassene RechtsanwĤltin tĤtig. Sie gibt selbst an, als selbstĤndige RechtsanwĤltin kein relevantes Einkommen erzielt zu haben. Die KlĤgerin ist vielmehr seit November 2006 ýberwiegend in der Wissenschaft tĤtig. Ihre TĤtigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin stellt damit keinen vorübergehenden Ausnahmetatbestand, sondern seit ihrer Zulassung im November 2003 vielmehr die Regel ihrer BeschĤftigung dar.

Unter Berýcksichtigung dieser Sachlage liegt auch kein Verstoà gegen den Gleichheitsgrundsatz des Art. 3 Abs. 1 GG vor. Dieser schreibt vor, dass gleichgelagerte Sachverhalte ohne sachliche Rechtfertigung gleich zu behandeln sind.

Vorliegend fehlt es an einer Vergleichbarkeit der betroffenen Sachverhalte.

Die Klå¤gerin ist seit ihrer Zulassung als Rechtsanwå¤ltin im November 2006 Žberwiegend in der Wissenschaft angestellt tå¤tig und nur beilå¤ufig als selbstå¤ndige Rechtsanwå¤ltin zugelassen. Demgegenå¼ber wird von der Vorschrift des ŧ 6 SGB VI der Fall eines Syndikusanwalts erfasst, der durch Verwaltungsakt von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht befreit ist und zunå¤chst als solcher gegen Entgelt tå¤tig war. Eine Erstreckung der Befreiung kommt få¼r ihn dann bei einer vorå¼bergehend im Vorhinein befristeten anderweitigen Tå¤tigkeit (z.B. in der Wissenschaft) in Betracht, solange er weiterhin als Syndikus von der Rentenversicherungspflicht befreit ist. So liegt der Sachverhalt hier indes nicht.â∏

Gegen das ihr am 17.06.2019 zugestellte Urteil hat die KlAzgerin am 16.07.2019 Berufung eingelegt. Sie wiederholt ihr bisheriges Vorbringen und vertritt weiterhin die Auffassung, dass die Befreiung kraft Gesetzes sich auch auf die TĤtigkeit bei der Beigeladenen zu 3) erstrecke. Der Gesetzgeber habe in § 6 SGB VI den angestellten mit dem selbststĤndigen AngehĶrigen der freien Berufe gleichsetzen und ihn nicht gegenļber dem selbststĤndig TĤtigen privilegieren wollen. Beide Gruppen könnten sich frei entscheiden, ob sie ihre Altersversorgung über das Versorgungswerk und/oder die Rentenversicherung gestalten wollten. Während das selbstständige Kammermitglied freiwillige Beiträge in der gesetzlichen Rentenversicherung einzahlen kA¶nne (Opt-in LA¶sung), kA¶nne sich das angestellte Kammermitglied von der Rentenversicherungspflicht befreien lassen nicht zu einem Wechsel des Alterssicherungssystems fA¼hren solle. Eine Ungleichbehandlung bei der Befreiung für vorübergehende berufsfremde Tätigkeit führe daher zu einem VerstoÃ∏ gegen Art. 3 GG. Ferner sei zu beachten, dass ihr in der Vergangenheit in vergleichbaren Situationen eine Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung gewährt worden sei.

Die Klägerin beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Köln vom 15.05.2019 abzuändern und die Beklagte unter Aufhebung des Bescheides vom 26.10.2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 18.05.2017 zu verpflichten, sie für die Dauer ihrer Tätigkeit vom 01.03.2016 bis zum 07.12.2016 an der Universität zu Köln von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung im Wege einer Erstreckung nach § 6 Abs. 5 i.V.m. §Â 6 Abs. 1 Nr. 1 SGB VI zu befreien.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurÄ¹/₄ckzuweisen.

Sie verweist erneut auf das Urteil des Bundessozialgerichts vom 31.10.2012 â B 12 R 8/10 R und fà hrt ergà nzend aus, dass ein Verstoà gegen Art. 3 GG nicht vorliege. Es liege im Rahmen der Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers, an den Lebenssachverhalt einer selbststà ndig ausgeà het Tà tigkeit gà nzlich andere Rechtsfolgen zu knà hefen als an den Lebenssachverhalt eines abhà ngigen Beschà figungsverhà ltnisses. Es sei daher nicht geboten, eine verfassungskonforme Rechtsauslegung des § 6 Abs. 5 SGB VI der Gestalt vorzunehmen, dass von dieser Vorschrift auch Personen erfasst wà hrden, die schon nicht der Versicherungspflicht unterlà nen. Dementsprechend sei auch nicht von einem redaktionellen Versehen des Gesetzgebers auszugehen. Der Umstand, dass in der Vergangenheit in vergleichbaren Fà len eine Befreiung von der Versicherungspflicht ausgesprochen worden sei, fà hre nicht dazu, dass nunmehr nach dem Urteil des Bundessozialgerichts diese Verfahrensweise weiterhin anzuwenden sei.

Die Beigeladenen haben keine AntrĤge gestellt.

Durch Beschluss vom 28.08.2019 hat der Senat die Beiladung der Rechtsanwaltskammer $M\tilde{A}^{1}/_{4}$ nchen aufgehoben.

Die Beigeladene zu 2) hat mitgeteilt, dass die Klägerin in der Zeit vom 01.03.2016 bis zum 07.12.2016 als Arbeitnehmerin in allen Zweigen sozialversicherungspflichtig gemeldet worden sei.

Auf Anfrage des Senats hat die Klägerin mitgeteilt, dass sie nicht als Syndikusrechtsanwältin zugelassen worden sei.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Prozessakte und der die KlĤgerin betreffende Verwaltungsakte der Beklagten (Az: 63 150269 M 550) Bezug genommen. Dieser war Gegenstand der mündlichen Verhandlung.

Â

Â

EntscheidungsgrÃ1/4nde

Die zulÄxssige Berufung ist unbegrļndet.

Das Sozialgericht hat die Klage zu Recht abgewiesen. Der Bescheid der Beklagten vom 26.10.2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 18.05.2017 ist rechtmäÃ∏ig und verletzt die Klägerin nicht in ihren Rechten (§Â 54 Abs. 2 Satz 1 SGG). Denn sie hat keinen Anspruch auf Befreiung von der Rentenversicherungspflicht für ihre Tätigkeit bei der Beigeladenen zu 3) in der Zeit vom 01.03.2016 bis zum 07.12.2016.

Ein Anspruch des Klägers auf Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung besteht weder nach <u>§ 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SGB VI</u>, noch nach <u>§ 6 Abs. 5 S. 2 SGB VI</u>.

Die Kl \tilde{A} ¤gerin hat keinen Anspruch auf Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung nach $\frac{\hat{A}\S}{6}$ 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SGB VI \tilde{A} 4r ihre in der Zeit vom 01.03.2016 bis zum 07.12.2016 bei der Beigeladenen zu 3) ausge \tilde{A} 4bte Besch \tilde{A} ¤ftigung.

Die KlĤgerin stand in der streitigen Zeit in einem festen Dienst- und AnstellungsverhĤltnis bei der Beigeladenen zu 3), einer nichtanwaltlichen Arbeitgeberin. Die KlĤgerin hat der Beigeladenen zu 3) ihre Arbeitszeit und Arbeitskraft zur VerfĹ⁄4gung gestellt und war in deren Arbeitsorganisation eingegliedert. Eine anwaltliche Berufsausù⁄4bung ist in dieser ĤuÃ□eren Form der BeschĤftigung nicht möglich und kann dem Berufsfeld des Rechtsanwalts von vornherein nicht zugeordnet werden (BSG in seinen Urteilen vom 03.04.2014 â□□